



Foto: Pia Witte

Wann ist ein Nazi ein Nazi?

Schlusswort von Stadträtin Margitta Hollick (DIE LINKE) im Prozess vor dem Leipziger Amtsgericht Leipzig wegen angeblicher Beleidigung

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Staatsanwalt, werte Anwesende,

ich bin persönlich sehr betroffen über die Vorwürfe und den Strafbefehl der Staatsanwaltschaft Leipzig über eine Geldstrafe von 1600 €, der nunmehr die Grundlage der Anklage gegen mich gebildet hat. Diesem strafrechtlichen Vorwurf bin ich nun seit vielen Monaten ausgesetzt, ich wurde sogar vom Staatsschutz vernommen und durfte keinen Zeugen dabei haben. Mein Anwalt riet mir zur Sache keine Angaben zu machen und mich auf mein Aussageverweigerungsrecht zu berufen. Daher werde ich auch in meinem letzten Wort auf den Vorfall nicht eingehen.

Es ist wohl für jeden durchaus nachvollziehbar schwierig für mich, als Tochter eines Leipziger Antifaschisten der Georg-Schumann-Gruppe, zu einer solchen Problematik angeklagt zu werden. 1934 wurde meinem Vater durch ein Gericht die Ehrenrechtswürde abgesprochen, weil er aktiv gegen die Faschisten kämpfte. Am 6. Januar 1945 endete die letzte faschistische Haft meines Vaters, er überlebte nur knapp. Im gleichen Monat wurden sechs seiner Kampfge-

fährten und Freunde hingerichtet, teilweise wurden Straßen unserer Stadt nach ihnen benannt. Jetzt werde nunmehr ich wegen angeblicher Beleidigung der Ehre eines NPD-Mitgliedes angeklagt. Dazu sollte man auch wissen, dass am 20. Juni 2012 - dem Tag des angeblichen Geschehens



in der Stadtratssitzung einem NPD-Stadtrat wegen seiner menschenverachtenden Rede durch den Oberbürgermeister erstmals das Wort entzogen wurde.

Das angebliche Beleidigungsopfer, das NPD Mitglied Gerhardt, soll inzwischen aus der NPD ausgetreten sein, aber bis heute hat er sich von diesen Aussagen und dem Standpunkt der NPD nicht distanziert. Herr

Gerhardt ist 62 Jahre und hat mit seinem Schritt der NPD beizutreten bewusst gehandelt. Er ist einer Partei beigetreten, die offen ausländerfeindlich, antisemitisch und menschenverachtend auftritt. Hautnah musste ich das Auftreten von Mitgliedern und Sympathisanten der NPD bei vielen Demonstrationen in Leipzig erfahren. Die Reden dieser Personen waren von Verherrlichung der Zeit von 1933 bis 1945 gekennzeichnet. Erst im November 2013 erlebte ich in der Schönefelder Kirche in Leipzig eine Diskussion mit Anhängern der rechten Szene zu einem Asylbewerberheim, diese war durch diese Personen geprägt von unermesslichen Hass. toleranzlosem Niederbrüllen Beleidigungen. Mir ist nicht zu Ohren gelangt, dass diesbezüglich Strafverfahren eröffnet worden sind. Die Gefährlichkeit dieser Strukturen ist uns heute durch die NSU-Strukturen hinlänglich bekannt.

Wenn ein Stadtrat sich zur NPD und ihrer Programmatik bekennt, indem er Mitglied dieser Partei ist, ist es besonders wichtig die Öffentlichkeit darüber zu informieren und aufzuklären. Ich selbst übe diese Informationspflicht seit Jahren aus, damit schütze ich den Staat. Ich erachte es für erforderlich und notwendig, der Öffentlichkeit deut-

Bei ÖPNV-Tariferhöhungen ist das Ende der Fahnenstange längst erreicht

Der ÖPNV ist Teil der Daseinsvorsorge durch die öffentliche Hand, nach unserem Verständnis müssen alle Menschen in der Lage sein, uneingeschränkt ihre notwenigen Mobilitätbedürfnisse zu befriedigen. Dazu gehört aber auch, dass die Angebote der Verkehrsunternehmen bezahlbar sind und bleiben. Ein erster Schritt dazu, aber bei weitem nicht ausreichend, war die Einführung des Sozialtickets in Leipzig.

Ein kleiner Vergleich an dieser Stelle soll die Situation in Leipzig verdeutlichen: Das durchschnittliche Haushaltseinkommen in München beträgt 2.500 EURO netto, Ein Einzelfahrschein der Münchner Verkehrsbetriebe für 1 Zone kostet 2,60 Euro; Das durchschnittliche Haushaltseinkommen in Leipzig beträgt rund 1.000 EURO weniger, nämlich 1.549 EURO, ein Einzelfahrschein für die Zone 110 kostet in der Messestadt 2,40 EURO.

Setzt man Einkommen und Fahrpreis ins Verhältnis, so dürfte nach Münchner Verhältnissen ein Fahrschein in Leipzig gerade einmal 1,61 EURO kosten, hätten die Münchner Leipziger Verhältnisse, so würde der Fahrschein in München 3,87 EURO kosten.

Schuld an diesem Missverhältnis zwischen örtlicher Kaufkraft und dem Fahrpreis des ÖPNV ist unter anderem die Tatsache, dass die Fahrpreise jährlich regelmäßig erhöht wurden, so z.B. das Einzelticket im Zeitraum von 2001 bis 2012 um 77 %. Die Monatskarte im gleichen Zeitraum um 72 %. Während in den letzten 10 Jahren die Stadt, der Freistaat sowie der Bund ihre Förderung um mehr als 60 Millionen EURO gekürzt haben.

Die Lücke zwischen öffentlicher Finanzierung und den Einnahmen durch den Fahrscheinverkauf ist somit über die Jahre auf ein inakzeptables Maß angewachsen. Nach unserer Meinung ist, was die Tariferhöhungen betrifft, das Ende der Fahnenstange längst erreicht.

Die Kompensation der auch für die LVB wachsenden Kosten, z.B. für Ener-

gie wird nur noch begrenzt über steigende Fahrpreise zu erreichen sein, was nichts anderes bedeutet, dass es zu Verschlechterungen im Angebot der LVB kommen muss, wenn die Kommune sich weiter aus ihrer Verantwortung für den ÖPNV zurückzieht.

DIE LINKE ist nicht bereit, diese Entwicklung in Zukunft weiter mitzutragen. Darin kann nicht die Perspektive des ÖPNV in Leipzig liegen. Es ist höchste Zeit, ernsthaft über alternativen Finanzierungsmodelle für den öffentlichen Personennahverkehr nachzudenken und diese zu entwickeln, um



die Preisspirale der Fahrpreise zu stoppen.

Doch nicht nur die Funktion als Daseinsvorsorge des ÖPNV macht uns sorgen, heute titelt die Leipziger Volkszeitung mit der Schlagzeile "Dicke Luft in Leipzig, hohe Feinstaubwerte trotz Umweltzone". Und im Artikel ist zu lesen, dass Leipzig zu der Feinstaubspitzengruppe in der Bundesrepublik gehört. Sicherlich kann man dieses Problem nicht allein mit dem ÖPNV lösen, aber einen wichtigen Beitrag leistet der ÖPNV bei der Erreichung der Klimaziele der Stadt Leipzig schon. DIE LINKE halten nicht nur deswegen eine Zielstellung von 25% ÖPNV-Nutzung in Leipzig für notwendig.

Aber man kann die Menschen nur zum Umstieg vom motorisierten Indivi-

dualverkehr zum ÖPNV animieren, wenn das Angebot stimmt. Und damit das Angebot stimmt, müssen Preis und Leistung stimmen. Von diesem Zustand bewegen wir uns aber immer weiter weg.

Ein weiter so führt uns direkt in eine Sackgasse. Die von uns geforderte Diskussion zur Finanzierung und Zukunft des ÖPNV in Leipzig ist längst überfällig, lassen Sie uns heute damit beginnen, indem Sie unserem Antrag zustimmen.

Naomi-Pia Witte Sozialpolitische Sprecherin

Rede zum Antrag A 486 der Fraktions DIE LINKE "Überprüfung der ÖP-NV-Tarife". Er wurde in namentlicher Abstimmung abgelehnt.

Unsere Delegierten zur Landesseniorenkonferenz

137 Genossinnen und Genossen der Generation 60 plus wählten am 14.04.2014 11 Delegierte zur Landesseniorenkonferenz.

Edeltraut Bacher, Anne Draheim, Gisela Fehrmann, Eva Firesch, Ursula Fischer, Gert Krah, Peter Kirchhoff, Birgit Mai, Siegmund Mai, Siegfried Lorenz und Concita Pradel vertreten unseren Stadtverband am 16.06.2014 in Chemnitz.

Auf der Tagesordnung stehen u. a.

- die Vorbereitung der Landtagswahlen 2014
- der Rechenschaftsbericht des Sprecherrates der LAG Senioren zu vergangenen Wahlperiode
- die Wahl des neuen Sprecherrates sowie
- die Wahl der Delegierten für die Landesparteitage und den Landesrat 2015/201.

Eva Firesch AG Senioren

Gelungener Wahlkampfhöhepunkt mit Sahra Wagenknecht

Am 7. Mai fand im Salzgäßchen unser Wahlkampfhöhepunkt für die Kommunal- und Europawahl statt. Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Stadtrat Sören Pellmann eröffnete die bunte Veranstaltung mit einer Rede, in der er betonte, dass auf DIE LINKE am meisten Verlass sei, wenn es um soziale Themen und die Zukunft unserer Stadt geht. Deshalb seien alle drei Stimmen



für DIE LINKE wichtig, um im Stadtrat weiterhin ein starkes soziales Gewissen zu haben. Keith Barlow, Kandidat für die Europawahl aus Leipzig, sprach ebenfalls zu den knapp 600 ZuhörerInnen und warb wie die Europaabgeordnete Cornelia Ernst dafür, DIE LINKE am 25. Mai zur Europawahl zu wählen Mit einer kleinen Verspä-

tung sprach dann auch Sahra Wagenknecht als Hauptrednerin eine dreiviertel Stunde lang. Sie kritisierte die EU hinsichtlich ihrer Banken-, Flüchtlings- und Sparpolitik und verwies an dieser Stelle auch auf die Rolle der deutschen Bundesregierung. Für ihre klaren Worte erhielt sie großen Applaus unter den BesucherInnen der Veranstaltung.

Umrahmt wurde der Wahlkampfhöhepunkt von der Dresdner Band Krambambuli, welche mit osteuropäischer Sinti- und Romamusik für gute Unterhaltung sorgte. Verschiedene Infostände im Salzgäßchen sorgten auch für Information zur Kommunal- und Europawahl.

Die Botschaft des 7. Mai war klar: Um Europa sozialer und friedlicher sowie Leipzig sozial und zukunftsfähig zu gestalten, müssen wir bis zum 25. Mai unermüdlich um 3 Stimmen bei der Kommunalwahl und um eine Stimme bei der Europawahl für DIE LINKE kämpfen.

Ricky Burzlaff



Fotos: Pia Witte



Fortsetzung von Seite 1

lich zu machen, welche menschenverachtenden Positionen die NPD vertritt. Mit meiner Aufklärungsarbeit leiste ich Zivilcourage. Darüber darf nicht nur geredet, sie muss nach meiner Auffassung auch gelebt werden. Für mich ist bereits der Erhalt dieses mir zur Zeit zugehenden Materials des NPD Wahlkampfes unerträglich. Man braucht sich diese Hetzschriften nur anzusehen, um den ausländerfeindlichen, menschenver-

achtenden Charakter dieser Partei und ihrer Mitglieder zu erkennen. Heute kann und sollte Keiner sagen, er hat es nicht gewusst...

Die NPD ist eine Nachfolgeorganisation nationalsozialistischer Strukturen des Dritten Reiches. Die Nationalsozialisten waren zu einem demokratischen Lernprozess nicht in der Lage, aus diesem Grund reichten die Bundesländer über den Bundesrat beim Bundesverfassungsgericht endlich erneut einen Verbotsantrag der NPD ein, um die Verfassungswidrigkeit dieser Partei feststellen zu lassen. Gegen eine Partei und deren Mitglieder, die vom Bundesrat, der sich als Verfassungsorgan aus Mitgliedern der Länderparlamente zusammensetzt, werde ich aktiv politisch auftreten.

Man gibt uns keine Chance: Lasst uns diese gerade deshalb nutzen!

Seit Wochen wird in unserem Stadtverband über das Zustandekommen der Landesliste am 5./6. April für die bevorstehende Landtagswahl diskutiert und darüber spekuliert, wer denn letztlich den Sprung in den Landtag schaffen könnte. Dabei prallen naturgemäß verschiedene Sichtweisen aufeinander, werden auch so manche Legenden und Halbwahrheiten verbreitet. Als jemand, der bislang bei allen Landtagswahlen kandidiert hat, überrascht mich vieles nicht.

Dennoch seien einige Fakten noch einmal in Erinnerung gerufen. Die Leipziger Delegierten für die Landesvertreterversammlung hatten sich am 27. März zu einer Beratung getroffen und in geheimer Abstimmung eine Reihenfolge der von uns zu unterstützenden Bewerberinnen und Bewerber für die Landesliste festgelegt. Auf die ersten drei Plätze kamen danach Volker Külow, Cornelia Falken und Skadi Jennicke. Ich selbst hatte signalisiert, insbesondere zu Gunsten von Volker Külow nicht für die Landesliste zu kandidieren. Mir war vorher klar, dass die Wahl von Volker Külow schwierig sein würde, zumal er im Vorfeld mehrfach öffentlich deutlich gemacht hatte, dass man für die Landtagswahl am 31. August eine Wechselstimmung, von der wir leider weit entfernt sind, nicht herbeireden kann, sondern dass es vielmehr darauf ankommt, in erster Linie das Profil der LIN-KEN zu schärfen, anstatt die eigenen Positionen schon vor der Wahl passfähig für ein etwaiges Bündnis mit SPD und Grünen zu machen. Nicht nur hinter vorgehaltener Hand hatten diese potentiellen Bündnispartner allerdings mehrfach deutlich signalisiert, nur dann eine

Zusammenarbeit überhaupt in Erwägung zu ziehen, wenn Volker Külow dem neuen Landtag nicht mehr angehören würde. Und diese Hochzeitsgabe wurde dann bekanntlich auch unter politisch und menschlich sehr unschönen Rahmenbedingungen erbracht. Das ganze Manöver wurde besonders dadurch erleichtert, als Franz Sodann in einem Abstimmungsblock gegen Volker Külow antrat.

Das mag man alles bedauern; es ist aber nicht zu ändern, zumal es keinerlei juristische Einwände gegen das Zustandekommen der Landesliste gab und sie daher zu akzeptieren ist. Die Wähle-



rinnen und Wähler werden entscheiden, wie viele von der Landesliste dann letztlich den Sprung in den Landtag schaffen werden. Geht es nach einigen Vertretern des Landesvorstandes, dann werden der neuen Fraktion nur Kandidierende angehören, die jetzt auf der Landesliste stehen. Das unterstellt, dass die CDU alle 60 Wahlkreise gewinnt. Wie anders ist ein Leitartikel in der Maiausgabe unserer Landeszeitung "Links!" vom Pressespre-

cher des Landesvorstandes Thomas Dudzak zu verstehen, der bereits eine Reihe von Namen nennt, die dem neuen Landtag nicht mehr angehören werden: darunter befinden sich mit Gerhard Besier. Edith Franke und Volker Külow immerhin drei Kandidierende, die in einem Wahlkreis antreten und sehr wohl über den Gewinn eines Direktmandates in den Landtag einziehen könnten. Das ist kein Umgang miteinander. In Bezug auf meine Person wird immerhin noch lapidar mitgeteilt, das bereits zwei Mal errungene Direktmandat verteidigen zu wollen - diese Bemerkung ist allerdings eher als ein Abgesang zweiter Klasse zu verste-

Den Befürwortern einer "Zweitstimmenkampagne" ins Stammbuch geschrieben: Wer der CDU alle 60 Direktmandate "überlässt", sollte dann wenigstens wahlarithmetisch überzeugend begründen, wie auf diesem Wege ein Regierungswechsel zu rot-rot-grün zustande kommen soll. Es wird darüber hinaus völlig verkannt, dass Wählerinnen und Wähler eher der LINKEN ihre Stimmen geben, wenn sie dieses Votum mit ihnen bekannten Personen vor Ort verbinden können.

Selbst habe ich noch nie einen ausschließlich Erststimmenwahlkampf geführt, sondern immer auch für die Parteistimme geworben. Das wird in den nächsten Monaten nicht anders sein. Darüber hinaus stehe ich für eine enge Kooperation mit anderen Leipziger Direktkandidierenden – insbesondere mit Volker Külow und Skadi Jennicke – nach dem Motto: Man gibt uns keine Chance. Lasst uns diese gerade deshalb nutzen!

Dr. Dietmar Pellmann

Danke!

Liebe Genossinnen und Genossen,

Am 5. und 6. April fand die LandesvertreterInnenversammlung zur Aufstellung der Liste zu den Landtagswahlen in Leipzig statt. Dabei wurden drei LeipzigerInnen aussichtsreich, das heißt unter die ersten 30 Plätze, gewählt. Dazu kommt unser Genosse Marco Böhme,

der vom Jugendverband aufgestellt wurde

Zuvor hatten in einer Beratung der Leipziger VertreterInnen alle Kandidierenden transparent gemacht, für welche Plätze, also in welchen Blöcken, sie auf der VertreterInnenversammlung kandidieren werden. In den ersten beiden Blöcken, in dem es um die Platzierungen 21 bis 26 ging, kündigten aus Leipzig Skadi Jennicke, Volker Külow und Franz Sodann an zu kandidieren. Im Block, der die Plätze 27 bis 31 wählte, folgte Juliane Nagel.

Für Cornelia Falken, die bereits mit dem Kompetenzteam des Spitzenkandi-

daten Rico Gebhardt vorgeschlagen worden war, konnte man mit einer sicheren Platzierung unter den ersten 20 rechnen. Auch der vom Jugendverband aufgestellte Marco Böhme hatte gute Chancen, vom sogenannten kleinen Parteitag für einen der ersten 20 Plätze vorgeschlagen zu werden. Conny wurde schließlich vom anvisierten Platz 7 auf Platz 5 hochgewählt, und auch Marco

wurde auf dem Listenplatz 10 von den VertreterInnen mit einem starken Ergebnis bestätigt. Volker Külow verzichte auf der VertreterInnenversammlung darauf, im 20er Block, in dem er bisher nicht vorgeschlagen worden war, zu kandidieren und respektierte den Vorschlag mit dem Hinweis, nun im ersten gemischten Block ab Platz 22 zu kandieren.

Im demokratischen Wahlverfahren der LandesvertreterInnenversammlung wurde schließlich Franz Sodann im ersten Block auf Platz 22 gewählt. Ihm folgte auf Platz 29 Juliane Nagel.

Vier LeipzigerInnen mit einem breiten Themenspektrum – Antifaschismus, Bildung, Gewerkschaft, Kultur, Migration,

Weiter Seite 6

Nazis enttarnen sich selbst – Unterschriftenübergabe gegen Moscheebau im Neuen Rathaus

Für den 16. April hatte sich die bisher vor allem virtuell auftretende Bürgerinitiative "Gohlis sagt nein" im Neuen Rathaus angekündigt. Im Vorfeld der an diesem Tag statt-findenden Ratsversammlung sollten fast 11.000 Unterschriften gegen den Bau einer Moschee in der Gohliser Georg-Schumann-Straße an den Oberbürgermeister übergeben werden.

An diesem Tag offenbarte sich das, was leicht kombinierbar war: die Bürgerinitiative "Gohlis sagt nein", die seit Oktober 2013 gegen den geplanten Moscheebau in Leipzig-Gohlis mobil macht, ist eine "Veranstaltung" der NPD. Gekommen waren die Aktivposten des Kreisverbandes der Nazipartei - die Stadtratskandidaten Alexander Kurth (langjährig inhaftiert u.a. wegen einem Angriff auf den Prinzensänger Sebastian Krumbiegel), Kai Mose (an mehreren gewaltsamen Übergriffen auf alternative Jugendliche und Fanladen des Roten Stern beteiligt und deswegen mehrere Jahre inhaftiert), Daniel Speck (der von Ex-NPD-Chef Holger Apfel sexuell belästigt worden sein soll und damit zu dessen Niedergang beitrug) und Enrico Böhm (ehemaliger Hooligang und Bindeglied zum Fanklientel des 1. FC Lokomotive Leipzig). Auch der NPD-Multifunkionär und inthronisierte Vorsitzende des Leipziger Kreisverbandes, Maik Scheffler, gab sich die zweifelhafte Ehre.

Der Auftritt der versammelten hiesigen Nazielite stieß auf den Protest zahlreicher Anwesender. Alexander Kurth gelang es nichts desto trotz sich Zugang zum Stadtratssaal zu verschaffen, doch er biss beim OBM auf Granit. Von Nazis nehme er keine Unterschriften an, so Burkhard Jung. Die CDU-Politikerin Katrin Viola Hartung, die die Anti-Moschee-Petition



ursprünglich initiiert und sich erst nach einem Anschlag auf das Baugelände Ende 2013 distanziert hatte, äußerte gegenüber dem Lokalfernsehen Leipzig Fernsehen, dass sie die Petition vertrauensvoll in die Hände der Bl gegeben hätte, ohne von deren NPD-Durchsetzung gewußt zu haben. Ein Blick auf die Facebook-Seite, auf der es von rassistischen Tiraden und NPD-Propagana nur so wimmelt, hätte Frau Hartung wohl Klarheit verschaffen können.

In den laufenden und kommenden Wahlkämpfen wird nicht nur die NPD den Kampf gegen die Moschee zu einem Schwerpunktthema machen. Auch die AfD in Leipzig bläst zum Sturm gegen den "Islam light" der Ahmadiyya-Gemeinde, der nur das Einfallstor für "stärkere Varianten" (des Islam) sei.

Nicht zu vergessen die CDU: sowohl die für ihre zweifelhaften Aussagen zu Asyl Bundes-tagsabgeordnete bekannte Bettina Kudla als auch Landtagsabgeordnete und Stadtrat Wolf-Dietrich Rost, der bis zuletzt eine Unterkunft für ca. 30 Asylsuchende in Leipzig-Wahren verhindern wollte, positionierten sich klar gegen den Standort für das Gebetshaus. Ihre Ablehnung garnierten vorurteilsbeladenen Mythen über den Islam und die Ahmadiyya-Gemeinde.

Es bleibt trotz der Selbstenttarnung der Nazis viel zu tun um die Herzen und Köpfe für den Moscheebau in Gohlis und ein solidarisches Miteinander aufzuschließen. Dem hat sich der Zusammenhang "Dialoge für Gohlis" verschrieben, in dem Akteure aus Stadtteil, Zivilgesellschaft, Kirche, Ahmadiyya und Parteien – auch der LINKEN – wirken.

Im Rahmen der antirassistischen Aktionstage der Initiative "Rassismus tötet" Leipzig" wird am 19.5.2014 19:00 Uhr im linXXnet, Bornaische Str. 3d ein Veranstaltung "Rassismus reloaded? Der islamfeindliche Protest gegen Moscheebauten" stattfinden. Ein Referent aus Berlin wird sowohl auf die Auseinandersetzungen um den Bau der Moschee der Ahmadiyyaersten Gemeinde in Berlin-Heinersdorf zurückblicken als auch die Spezifik islamfeindlicher Einstellungen deren gesellschaftliche Verankerung erörtern.

Braunkohle - Lobby tagt in Leipzig

Ist die Braunkohleverstromung wirklich eine notwendige Brückentechnologie auf dem Weg zur Energiewende in Deutschland? Die Antwort fällt, je nach Standpunkt, deutlich unterschiedlich aus.

Für die LINKE, zumindest in Sachsen, ist der Ausstieg bis 2040 ein Kernpunkt der Energiepolitiuk. MIBRAG und VAT-TENFALL und in Ihrem Gefolge die gesamte Kohlelobby sehen das naturgemäß völlig anders. Für Sie wird "Braunkohle immer wertvoller: Für die Sicherheit der Versorgung. Für erschwingliche Strompreise. Für eine flexible Stromerzeugung." Ihrer Meinung nach wird die Braunkohle den über mehrere Jahrzehnte angelegten Transformati-

onsprozess des nationalen Energiesystems aktiv begleiten.

Dieser Sicht auf die Dinge soll anläßlich des Braunkohletages 2014, der vom 22. bis 23. Mai in Leipzig stattfindet, Ausdruck verliehen werden. Obwohl als Fachtagung ausgelegt, nutzt der Bundesverband Braunkohle DEBRIV diese Bühne wie jedes Jahr massiv zur Propagierung seiner Ziele.

Peter Bachstein schreibt dazu: "In der Branche herrscht derzeit Goldgräberstimmung, denn im letzten Jahr ist die Braunkohleverstromung kräftig gestiegen. Kräftig gestiegen sind aber auch die CO2-Emissionen und die Gesundheitsbelastungen der Menschen durch Kraftwerke und Tagebaue. Unwiederbringlich zerstört wurden Jahrhunderte alte Kulturlandschaften sowie wertvolle Naturschutz- und Waldgebiete. Hinzu kam die
Vertreibung vieler Menschen aus ihren
Wohngebieten." Da auch die MIBRAG
den Aufschluß neuer Tagebaue rund um
Leipzig plant, bereiten sich auch ADELE
und die anderen mitteldeutschen Gegner
der Braunkohleverstromumg auf diesen
Tag vor und wollen Ihrem Protest lautstart Ausdruck verleihen.

Wer uns unterstützen will, finde sich daher am 22. Mai um 15 Uhr vor dem Gewandhaus ein, um gegen den Irrsinn der Braunkohleverstromumg zu protestieren.

Angela Müller

Fortsetzung von Seite 5

Ökologie, Soziales, Stadtentwicklung – stehen nun mit verschiedenen (neuen) methodischen Ansätzen in den Startlöchern, um die Herrschaft der CDU entweder zu brechen oder mindestens aufzumischen!

Hinzu kommen die Direktkandidierenden die wir selbstverständlich nach Kräf-

ten unterstützen. Dabei geht es nicht nur um mögliche neu zu gewinnende Wahlkreise, sondern auch um die Verteidigung von Grünau.

An dieser Stelle wollen wir einfach mal "Danke" sagen! Danke für euer Vertrauen und eure Hilfe, die uns enorm motiviert. Wir freuen uns sehr auf einen intensiven und begeisternden Wahlkampf und auf die künftige gemeinsame

Arbeit für Leipzig und für unser Land Sachsen.

Doch jetzt gilt erst einmal: einen erfolgreichen Wahlkampf auf die Beine zu stellen und die größte Fraktion im Stadtrat zu werden! Dafür lohnt es sich zu kämpfen.

Mit herzlichem Gruß

Jule, Marco Franz

Asylrecht und Asylpolitik

Am 28.03.2014 organisierte die AG Antifa eine Veranstaltung zum Thema Asylrecht und Asylpolitik. 21 Teilnehmer innen, die vorrangig nicht aus dem Parteiumfeld kamen, haben sich in der "Bäckerei" in der Josephstraße versammelt, um dem dreistündigen Vortrag von Marko, einem Mitarbeiter des sächsischen Flüchtlingsrats, über die europäische und die deutsche Asylpolitik zuzuhören. Dabei ging es zum einen um die Entwicklung des gemeinsamen europäischen Asylsystems, zum Anderen um gesetzliche Verpflichtungen, die sich daraus ergeben. In diesem Zusammenhang wurde über die Dublin-II und Dublin-III Verordnungen, die sich stark auf die Abschiebungen und Rückführungen fokussieren und zur Abschottung nach außen dienen, gesprochen.

Des Weiteren ging es um die Entwicklung des Asylrechts in der BRD, von seiner Festschreibung im Grundgesetzt 1949, über die Einführung der Residenzpflicht in den 80ern bis hin zur faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl 1993. Außerdem wurde detailliert über das allgemeine Verfahren der Antragstellung und der darauffolgenden Schritte gesprochen und auf die Situation der Asylsuchenden in Sachsen und in Leipzig eingegangen.

So wurden in der BRD letztes Jahr 10.000 Geflüchtete abgeschoben, 800 davon kamen aus Sachsen. Die Residenzpflicht besteht übrigens nur in der BRD. Bei den Koalitionsverhandlungen gab es einen Versuch diese abzuschaffen, doch aufgrund des Widerstands einiger Teile der CDU Fraktion, ist dieser gescheitert.

Die Teilnehmer_innen, die aus verschiedensten Kontexten kommen und sich teilweise schon mit der Problematik beschäftigt haben, bereicherten den Vortrag mit ihren Beiträgen und Diskussionsansätzen, so dass die inhaltsreiche

Veranstaltung nach drei Stunden erfolgreich zu Ende geführt werden konnte. Einige Punkte, die zur Verbesserung der Verhältnisse für Asylsuchende beitragen würden, wären ganz klar die Abschaffung der diskriminierenden Residenzpflicht und ein erleichterter Zugang zum Arbeitsmarkt. Weiterhin wären Kampagnen zur Verstärkung der dezentralen Unterbringung, kritische Begleitung von Eröffnungen der Aufnahmestellen, sowie Sensibilisierungsarbeit im Bezug darauf, wie Migration funktioniert, was europäisches Grenzregime bedeutet und welche Gesetzesverfahren es auf der nationaler- und auf EU-Ebene gibt, von großer Bedeutung. Abschließend kann man sagen, dass noch viel passieren muss, um die Situation der Geflüchteten etwas erträglicher zu machen.

Anna Gorskih für die AG Antifa

Tipps und Termine

Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag, 18:30 Uhr

AG Antifa

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

AG Behindertenpolitik

3. Dienstag, 15:00 Uhr, Wahlkreisbüro MdL Dr. Pellmann, Stuttgarter Allee 16 Leipzig-Grünau

AG Betrieb & Gewerkschaft

1. Mittwoch, 18.00Uhr

AG Cuba si

2. Dienstag, 18:00 Uhr

AG Frieden und Gedenken

4. Dienstag, 17:30 Uhr

AG Junge GenossInnen

1. Mittwoch, 18:30 Uhr

AG Kunst und Kultur

1. Dienstag, 18:30 Uhr, LHL

AG Linke UnternehmerInnen

3. Samstag, 10:00 Uhr, Bürgerbüro

Dr. Runge, Gorkistraße 120

Lisa emanzipatorische Frauengruppe

Dienstag, alle 14 Tage fortlaufend, Ort auf Anfrage: 0177 - 79 71 080

AG Senioren

1. Donnerstag, 9:00 Uhr

AG Soziale Politik

1. Dienstag, 18:30 Uhr, LHL.

GBM e. V. - Sprechstunden

1. Montag, 9:15 bis 11:15 Uhr

GRH e. V. - Sprechstunden

3. Mittwoch, 15:00 Uhr

ISOR e. V.

4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Str. d. 18. Okt.

Linksjugend - Plenum

- 1. Donnerstag, 18:00 Uhr
- 3. Donnerstag, 18:00 Uhr (Stammtisch)

Ökologische Plattform

1. Mittwoch, 19:00 Uhr

Marxistisches Forum

1. Dienstag, 18:00 Uhr, Wahlkreisbüro MdL Conny Falken, Coppistraße 63

Rentenberatung

nach telefonischer Vereinbarung

Die Linke.SDS

mittwochs, 19:00 Uhr, Geisteswissenschaftliches Zentrum, Raum 2.116, Beethovenstraße 15

Stadtvorstandssitzung

jeden 2. Dienstag, 19:00 Uhr

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

Mi., 21. Mai 2014, 18.00 Uhr

Diskussion / Vortrag mit Ivo Georgiev, Leiter des Referates Ost-, Mittelost- und Südosteuropa der RLS Moderation: Boris Krumnow, Nach dem Machtwechsel in der Ukraine - enttäuschte Hoffnungen und bedrohte Souveränität, der politische Umbruch in der Ukraine und die darauffolgende Eingliederung der Krim in das Staatsgebiet Russlands erschütterten die Weltöffentlichkeit und die internationalen Beziehungen in einem Ausmaß, das noch bis vor kurzem undenkbar erschien. Wie ist die aktuelle politische Situation in der Ukraine vor den Präsidentschaftswahlen? Welche Auswirkungen hat die Abtrennung der Krim von der Ukraine? Welche Rolle spielt Russland, welche Rolle spielt die EU während des ganzen Prozesses? Wie kann eine Zukunft für die Ukraine aussehen? RLS Sachsen, Leipzig, Harkortstraße 10, 04107 Leipzig

Do., 22. Mai 2014, 18.00 Uhr

Bürgersprechstunde in Großzschocher mit dem Stadtrat Reiner Engelmann, Alte Handelsschule, Gießerstraße 75, 04229 Leipzig

Fr., 23. Mai 2014, 18.00 Uhr

Lesung / Gespräch mit Stephan Wilhelm Sommer, Literatur-Tee bei Rosa L., der Autor Stephan Wilhelm Sommer liest aus seinem jüngst erschienen Buch "Das Z im Knopf und die Axt im Gebälk". In der Erzählung steht die Lebensgeschichte von Wilhelm Sommer, eines Zimmerers, im Mittelpunkt. Neben der Familiengeschichte des Handwerkers wird gleichsam Zeitgeschichte erzählt. RLS Sachsen, Leipzig Harkortstraße 10, 04107 Leipzig

So.,25. Mai 2014, 08.00 -18.00 Uhr

Europawahlen und Kommunalwahl in Sachsen. Wählen gehen!

Mo., 26. Mai 2014, 18.00 Uhr

Diskussion / Vortrag, mit Prof. Dr. Roland Literaturwissenschaftler ehemaliger Leiter des Reclam-Verlages, Der große russische Dichter Michail Lermontow. Neben Alexander Puschkin und Fjodor Tjuttschew ist er einer der bedeutendsten Vertreter der romantischen Literatur in Russland. Sein Leben und Werk sind Mittelpunkt des Abends. Lermontow widmete 1837 sein Gedicht "Der Tod des Dichters Puschkin", der im Duell tödlich verletzt worden war. Daraufhin wurde er zu einem Militärregiment in den Kaukasus verbannt. So konnte Lermontow den Kaukasus und den Krieg des russischen Zarenreiches gegen die dortige Stammbevölkerung hautnah miterleben. RLS Sachsen, Leipzig, Harkortstraße 10, 04107 Leipzig

Di., 27. Mai 2014, 18.00 Uhr

Diskussion / Vortrag, Mit Dr. Uwe Dathe, Jena, Moderation: Dr. Jürgen Stahl, Walter Eucken und die Quellen des Ordoliberalismus, Walter Eucken (1891-1950) war ein deutscher Ökonom. Er war Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft und begründete die Freiburger Schule des Ordoliberalismus, die als deutsche Variante des Neoliberalismus gilt. Im Mittelpunkt von Euckens Arbeit stand die Frage des Zusammenhangs von Macht, Unfreiheit und Armut. Eucken gilt als Begründer des Ordoliberalismus und als einer der Väter der Sozialen MarktwirtschaftRLS Sachsen, Leipzig, Harkortstraße 10, 04107 Leipzig

Mo., 02. Juni 2014, 13.00 Uhr

Bürgersprechstunde mit der Stadträtin Dr. Skadi Jennicke, Bürgerbüro C. Falken, Coppistraße 63, Leipzig

Mi., 04. Juni 2014, 16.00 Uhr

Bürgersprechstunde mit der Stadträtin Naomi-Pia Witte, Stadtteilladen Leutzsch, Georg-Schwarz-Straße 122, Leipzig

Mi., 04. Juni 2014, 15.00 Uhr

Bürgersprechstunde und Sozialberatung mit dem Landtagsabgeordneten Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro Stuttgarter Allee 16, Grünau

Do., 05. Juni 2014, 18.30 Uhr

Diskussion / Vortrag, mit Boris Krumnow, RLS Sachsen / Netzwerk AGRU, Ukraine -Russland - Krim, Umbruch und neue Grenzverschiebungen in Osteuropa, Klub Gshelka, An der Kotsche 51, 04207 Leipzig

Mo., 09. Juni 2014, 16.00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadtrat Sören Pellmann, Wahlkreisbüro Stuttgarter Allee 16, Grünau

Mo, 16. Juni 2014, 13.00 Uhr

Bürgersprechstunde mit der Stadträtin Dr. Skadi Jennicke, Bürgerbüro C. Falken, Coppistraße 63, Leipzig

Mi., 18. Juni 2014, 14.00 Uhr

Ratsversammlung, Ratssaal, Neues Rathaus, Martin-Luther Ring 4-6, 04109 Leipzig.

50 Jahre Deutscher Meister BSG Chemie



Fotos: DIE LINKE. Leipzig

"Wer nicht alles gibt gibt nichts", unter diesem Motto ihres legendären Trainers Alfred Kunze holten die Fussballer des BSG Chemie Leipzig vor 50 Jahren die Deutsche Fussballmeisterschaft nach Leutzsch.

Am 10. Mai 2014, 50 Jahre später feierten die Chemie-Fans dieses Ereignis ausgelassen bis Mitternacht in dem nach dem damaligen Trainer Alfred Kunze benannten Sportpark.

Schade nur, dass anschliessend ca. 20 Fans auf der Heimfahrt am Goerdelerring von einem "Überfallkommando" in eine Massenschlägerei verwickelt wurden (so die LVZ), und damit dem Fussball in Leipzig wieder einmal ein Bärendienst erwiesen wurde.



Impressum:



Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig, Fon: 0341/14 06 44 11, Fax: 0341/14 06 44 18, web: www.dielinke-leipzig.de

email: vorstand@ die-linke-in-leipzig.de

Spendenkonto: Sparkasse Leipzig, Konto: 11 25 50 42 22, BLZ: 860 555 92

Redaktion: Steffi Deutschmann, Nadja Guld, Dr. Christina Mertha, Sören Pellmann, Stephan Sander, Naomi-Pia Witte (V.i.S.d.P.), Simon Zeise

Gestaltung: Naomi-Pia Witte Druck: Stadt Leipzig

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die Nummer 06/2014 ist Montag, der 26. Mai 2014. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.